

**Treffen der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen
und Senatoren der Länder am 27. April in Düsseldorf**

Ergebnisprotokoll

TOP 1 Begrüßung

Minister Laschet und Minister Dr. Stegner begrüßen die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder. Sie erläutern den geplanten Ablauf. Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

TOP 2 Auftrag, Verfahren und Terminplanung der Arbeitsgruppe

Die Beschlussvorlage TOP 2 "Auftrag, Verfahren und Terminplanung der Arbeitsgruppe" wurde einvernehmlich angenommen.

Die zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren bitten die federführenden Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein Frau Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer darüber zu informieren, dass die Länder einen gemeinsamen Beitrag für den Nationalen Integrationsplan erarbeiten. Von gesonderten Einzelbeiträgen der Länder wird abgesehen.

Die zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren bitten die federführenden Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein Kontakt mit den drei kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene aufzunehmen, da die Zusammenarbeit der Länder mit den Kommunen im gemeinsamen Länderbeitrag angesprochen wird.

Die Anregung von Minister Stegner, im Nachgang zum Nationalen Integrationsplan ein eigenes "Forum Integration" zur Vorstellung herausragender Integrationsmaßnahmen der Länder durchzuführen, fand im Plenum Zustimmung.

TOP 3 Inhaltliche Struktur des Beitrags der Länder zum Nationalen Integrationsplan

Die Beschlussvorlage TOP 3 "Inhaltliche Struktur des Beitrags der Länder zum Nationalen Integrationsplan" wird mit folgenden Änderungen einvernehmlich angenommen:

In die Präambel soll ergänzend eine Würdigung der Arbeit und des hohen Engagements der Zuwandererorganisationen in den Arbeitsgruppen des Nationalen Integrationsplans aufgenommen werden.

In die Präambel soll ergänzend der ausdrückliche Hinweis auf die zu berücksichtigenden unterschiedlichen integrationspolitischen Bedarfe und Gegebenheiten in den Ländern aufgenommen werden.

Im zweiten Satz der Beschlussvorlage wird das Wort "Stellungnahme" durch die Worte "gemeinsame Positionierung" ersetzt.

TOP 4 Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Die Beschlussvorlage TOP 4 "Ergebnisse der Arbeitsgruppen" wird mit folgenden Änderungen einvernehmlich angenommen:

Satz 1 des zweiten Absatzes wird wie folgt formuliert: "Auf dieser Grundlage und in Würdigung ihrer unterschiedlichen Gegebenheiten und Bedarfe werden die Länder ihre Selbstverpflichtungen beschließen."

Die zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren bitten die federführenden Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein Frau Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer darüber zu informieren, dass nach Auffassung der Länder die umfangreichen Berichte der Arbeitsgruppen des NIP als Anhang des Schlussdokuments "Nationaler Integrationsplan" veröffentlicht werden sollen.

Die eingerichtete Länderarbeitsgruppe kann über die in den Arbeitsgruppen des NIP behandelten Themen weitere für die Länder wichtige Themen aufgreifen. Die Ländervertreterinnen und -Vertreter kommen überein, das Thema "Dialog mit dem Islam" im gemeinsamen Länderbeitrag anzusprechen.

Aufgrund ihrer Zuständigkeit und der besonderen Bedeutung des Themas für die Integration soll der Bereich der Bildung und frühkindlichen Sprachförderung im gemeinsamen Länderbeitrag einen besonderen Schwerpunkt bilden.

Die Länder verpflichten sich zur möglichst frühzeitigen Feststellung des Sprachstandes aller Kinder. Auf die Nennung einer Altersangabe soll verzichtet werden.

Besondere Erwähnung soll im gemeinsamen Länderbeitrag die Chance des bürgerschaftlichen Engagements (etwa in Vereinen) von zugewanderten Menschen für die Integration und die Öffnung zur Gesellschaft finden.

Besondere Erwähnung soll im gemeinsamen Länderbeitrag das Thema der Integration vor Ort und die Zusammenarbeit mit den Kommunen finden. Der Länderbeitrag soll nach der Präambel mit Ausführungen zur "Integration vor Ort" beginnen.

In den Bereichen, zu denen es KMK-Beschlüsse gibt, können diese in das gemeinsame Länderpapier übernommen werden.

TOP 5 Verschiedenes

Die Beschlussvorlage TOP 5 "Ergebnisse der Arbeitsgruppen" wird mit folgenden Änderungen einvernehmlich angenommen:

Punkt 1 wird wie folgt formuliert:

Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister /Senatorinnen und Senatoren der Länder beschließen, auch künftig im Zuge der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans in den Ländern und Kommunen zusammenzuarbeiten.